

LANDKREIS KARLSRUHE

GEMEINDE OBERDERDINGEN

ORTSTEIL OBERDERDINGEN

T E X T T E I L

ZUM BEBAUUNGSPLAN "GROSSER GÄNSBERG II"

A) RECHTSGRUNDLAGEN

1. das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08.12.1986 (BGBl.I.S.2253), geändert durch Gesetz vom 25.07.1988 (BGBl.I.S.1093), Einigungsvertrag vom 31.08.1990 i.V.m. Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl.II.S.889, 1122), Art. 11 § 8 Zweites Vermögensrechtsänderungsgesetz vom 14.07.1992 (BGBl.I.S.1257), Art. 12 des Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege vom 11.01.1993 (BGBl.I.S.50), Art. 1 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl.I.S.466), Art. 6 Abs. 29 Eisenbahnneuordnungsgesetz vom 27.12.1993 (BGBl.I.S.2378), Art. 2 Gesetz zur Änderung des Bundeskleingartengesetzes vom 08.04.1994 (BGBl.I.S. 766) und Art. 2 Magnetschwebebahnplanungsgesetz vom 23.11.1994 (BGBl.I.S.3486),
2. die Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.01.1990 (BGBl.I.S.132), geändert durch den Einigungsvertrag vom 31.08.1990 i.V.m. Gesetz vom 23.09.1990 (BGBl.II.S.885, 1124) und zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 22.04.1993 (BGBl.I.S.466),
3. die Planzeichenverordnung 1990 (PlanzV 90) vom 18.12.1990 (BGBl.1991 I.S.58),
4. die Landesbauordnung für Baden-Württemberg (LBO) in der Fassung vom 08.08.1995 (GBl.S.617),
5. das Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 12.03.1987 (BGBl.I.S.889), gändert durch Gesetz vom 12.02.1990 (BGBl.I.S.205), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22.04.1993 (BGBl.I.S.466),
6. das Naturschutzgesetz für Baden-Württemberg (NatSchG) in der Fassung vom 29.03.1995 (GBl.S.385).

B) RÄUMLICHER GELTUNGSBEREICH

Der Bebauungsplan setzt die Grenzen seines räumlichen Geltungsbereiches fest (§ 9 Abs. 7 BauGB). Sämtliche innerhalb des räumlichen Geltungsbereiches dieses Bebauungsplanes bisher bestehenden planungs- und bauordnungsrechtlichen Festsetzungen, sowie frühere baupolizeiliche Vorschriften der Gemeinde werden aufgehoben.

C) TEXTLICHE FESTSETZUNGEN

In Ergänzung der Planzeichnung wird folgendes festgesetzt:

1. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

§ 9 (1) BauGB

1.1 BAULICHE NUTZUNG

§ 9 (1) Nr. 1 BauGB

1.1.1 Art der baulichen Nutzung

§ 9 (1) Nr. 1 BauGB i.V. mit §§ 1-15 BauNVO

Allgemeines Wohngebiet (WA), § 4 BauNVO

Zulässig sind:

Nr. 1 Wohngebäude,

Nr. 2 die der Versorgung des Gebiets dienenden Läden sowie nicht störenden Handwerksbetriebe,

Nr. 3 Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

Gemäß § 1 (5) BauNVO sind Schank- und Speisewirtschaften nicht zulässig.

Gemäß § 1 (6) Nr. 1 BauNVO sind folgende Ausnahmen nach § 4 (3) BauNVO nicht Bestandteil des Bebauungsplanes:

Nr. 2 Sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

Nr. 4 Gartenbaubetriebe

Nr. 5 Tankstellen

1.1.2 Maß der baulichen Nutzung (Höchstgrenze)

§§ 16 - 21 a BauNVO

a) Das Maß der baulichen Nutzung wird bestimmt durch die Festsetzung der Zahl der Vollgeschosse (Z), der Grundflächenzahl (GRZ) und der Geschoßflächenzahl (GFZ). Diese Angaben sind im Lageplan eingetragen.

Die Geschoßfläche ist nach den Außenmaßen der Gebäude in allen Vollgeschossen zu ermitteln.
Die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen Geschossen einschl. der zu ihnen gehörenden Treppenräume und einschl. ihrer Umfassungswände sind ganz mitzurechnen (§ 20 (3) BauNVO).

b) Geschoßfläche von Garagen und Stellplätzen im Erdgeschoß eines Gebäudes

Stellplätze und Garagen im Erdgeschoß der Gebäude bleiben gem. § 21 a (4) 3 BauNVO bei der Ermittlung der Geschoßfläche unberücksichtigt.

1.1.3 Zahl der Vollgeschosse Z (Höchstgrenze)

§ 16 (3) Nr. 2 u. § 20 (1) BauNVO i.V.m. § 2 (6) LBO

- nach Eintrag im Lageplan -

Die Gebäudehöhen werden entsprechend Ziff. 2.1.6 begrenzt.

1.2 BAUWEISE

§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. § 22 (1), (2) und (4) BauNVO

- nach Eintrag im Lageplan -

1.2.1 Offene Bauweise "o"

1.2.2 Abweichende Bauweise "a" im Sinne der offenen Bauweise, jedoch wird die Gebäudelänge auf max. 34 m beschränkt.

1.3 ÜBERBAUBARE UND NICHT ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHEN

§ 9 (1) Nr. 2 BauGB i.V.m. §§ 14 und 23 BauNVO

Die überbaubaren Grundstücksflächen sind durch Baugrenzen gem. § 23 (3) BauNVO bestimmt.

1.4 STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN

§ 9 (1) Nr. 2 BauGB

Die Stellung der baulichen Anlagen ist parallel zu den im Lageplan dargestellten Hauptfirstrichtungen festzulegen.

1.5 NEBENANLAGEN

§ 9 (1) Nr. 4 BauGB u. § 12 BauNVO u. § 14 BauNVO

1.5.1 Garagen (eingeschossig) und überdachte Stellplätze

sind nur innerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sowie auf den im Lageplan dafür festgesetzten Flächen zulässig. Ausnahmsweise sind Garagen auf der unüberbaubaren Grundstücksfläche dann zulässig, wenn ein Anschluß an die öffentliche Verkehrsfläche möglich ist.

1.5.2 Stellplätze (nicht überdacht)

sind auf den überbaubaren und unüberbaubaren Grundstücksflächen im Anschluß an befahrbare, öffentliche Verkehrsflächen zulässig, nicht jedoch auf Flächen mit Pflanzgebot.

1.6 HÖCHSTZULÄSSIGE ZAHL DER WOHNUNGEN IN WOHNGEBÄUDEN

§ 9 (1) Nr. 6 BauGB

Aus besonderen städtebaulichen Gründen wird auf den im Lageplan besonders gekennzeichneten Plätzen entlang der Südgrenze des Geltungsbereichs pro Wohngebäude bzw. pro Doppelhaushälfte die Zahl der max. zulässigen Wohneinheiten (WE) festgesetzt.

Einzelhaus	Doppelhaushälfte
Z = I max. 2 WE	Z = I max. 2 WE

1.7 VERKEHRSFLÄCHEN

§ 9 (1) Nr. 11 BauGB

- nach Eintrag im Lageplan -

1.7.1 Mischverkehrsfläche

1.7.2 Parkflächen für Fahrzeuge

1.7.3 Verkehrsgrünflächen

1.7.4 Ein- und Ausfahrtsverbot
In den angegebenen Abschnitten sind keine Ein- und Ausfahrten zu den angrenzenden Flächen zulässig.

1.8 VERSORGUNGSFLÄCHEN

§ 9 (1) Nr. 12 BauGB

- nach Eintrag im Lageplan -

Umspannstation

1.9 ÖFFENTLICHE UND PRIVATE GRÜNFLÄCHEN

§ 9 (1) Nr. 15 BauGB

- nach Eintrag im Lageplan -

1.9.1 Öffentliche Grünfläche zur Ortsrandgestaltung (mit Pflanzgebot)

1.9.2 Private Grünfläche (mit Pflanzgebot)

1.10 MIT LEITUNGSRECHT ZU BELASTENDE FLÄCHEN

§ 9 (1) Nr. 21 BauGB

Zugunsten der Gemeinde Oberderdingen zur Führung einer bestehenden unterirdischen Abwasserleitung auf Flst. 9198/2 entlang der östlichen Geltungsbereichsgrenze bzw. zugunsten des Versorgungsträgers EVS zur Führung einer unterirdischen, elektrischen Leitung entlang der Ostgrenze der Flst. 9180/2 u.9192.

1.11 ABGRENZUNG VON STRASSENFLÄCHEN DURCH HINTERBETON (Betonfuß)

§ 9 (1) Nr. 26 BauGB

Zur Herstellung des Straßenkörpers sind in allen an öffentliche Verkehrsflächen angrenzenden Grundstücken unterirdische Stützbauwerke entlang der Grundstücksgrenze in einer Breite von 10 cm und einer Tiefe von 30 cm erforderlich. (Hinterbeton von Randsteinen und Rabattenplatten). Das Hineinragen dieser Stützbauwerke in das Privatgrundstück ist zu dulden.

1.12 FLÄCHEN FÜR AUFSCHÜTTUNGEN, ABGRABUNGEN UND STÜTZMAUERN, SOWEIT SIE ZUR HERSTELLUNG DES STRASSENKÖRPERS ERFORDERLICH SIND

§ 9 (1) Nr. 26 BauGB

Höhenunterschiede, die sich durch den Ausbau der Verkehrsanlagen ergeben, werden durch Böschungen im Verhältnis 1:1,5 ausgeglichen. Die Böschungsflächen sind im Lageplan zum Bebauungsplan eingezeichnet. Bei Höhenunterschieden von mehr als 2,0 m sind Mauern bis 1,0 m über der Verkehrsfläche zulässig. Werden sie vom Anlieger gewünscht, so sind sie auf dessen Fläche und auf dessen Kosten anzulegen.

1.13 HÖHENLAGE DER BAULICHEN ANLAGEN

§ 9 (2) BauGB

Die Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH) der Gebäude ist im Lageplan in m über NN festgelegt. Die im Lageplan eingetragene Höhe bindet nur nach oben, nach unten (niederer) kann abgewichen werden. Vergleiche Ziff. 2.1.6.

2. BAUORDNUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

§ 9 (4) BauGB i.V.m. § 74 (7) LBO

2.1 ANFORDERUNGEN AN DIE ÄUSSERE GESTALTUNG DER BAULICHEN ANLAGEN

§ 74 (1) Nr. 1 LBO

2.1.1 Dachform und Dachneigung (Altgrad)

a) Wohngebäude: Satteldach 30° - 40°

b) Freistehende Nebengebäude/Garagen

Satteldach 20° - 40°

c) Garagen an das Wohngebäude angebaut oder in dieses einbezogen:

Dachneigung des Wohngebäudes

d) Flachdachgaragen

sind als Ausnahme zu b) und c) nur dann zulässig, wenn die Dachfläche bei einer Subtratschicht von mind. 8 cm extensiv begrünt wird, bzw. mit Erde überdeckt und begrünt wird.

e) Einfache Stellplatzüberdachungen

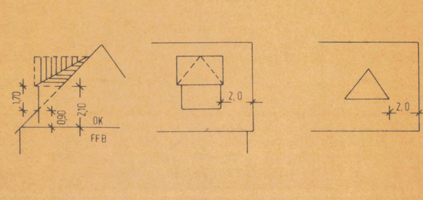
sind in Form von überdachten Pergolen oder als Rankgerüste in Holzbauweise zugelassen.

2.1.2 Dachdeckung

Zur Dachdeckung sind nur Materialien in rot- bis rotbraunen Farbtönen zugelassen.
Reflektierende Materialien sind nicht zulässig.
Ausgenommen: Solarenergieanlagen, wenn sie mit der übrigen Dachfläche eine gemeinsame Ebene bilden.

2.1.3 Dachaufbauten

Dachaufbauten sind zulässig, wenn ihre Gesamtlänge 40% der Dachlänge je Seite nicht überschreitet. Ihre Einzellänge darf max. 2,40 m, ihre Höhe, gemessen bis zum Schnittpunkt Vorderkante Dachhaut, max. 1,70 m betragen.
Der Abstand der Dachaufbauten von der Giebelwand muß mind. 2,00 m messen.



2.1.4 Dachausschnitte

Dachausschnitte sind bis zu einer Breite von 3,0 m zulässig.

2.1.5 Firstrichtungen

- nach Eintrag im Lageplan -

Parallel zu den im Lageplan dargestellten Hauptfirstrichtungen (siehe auch Legende).

2.1.6 Gebäudehöhen (Höchstgrenze)

§ 74 (1) Nr. 1 LBO i.V. m.§ 18 (1) BauNVO

a) Traufhöhen (TH)

Gemessen von der festgesetzten maximalen Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH; siehe Ziff. 1.13 des Textteils) bis zum Schnittpunkt Hausgrund mit Oberkante Dachhaut bei

Wohngebäuden - nach Eintrag im Lageplan -

Z = I max. 3,20 m (Südl. Bereich des Plangebiets)
Z = I max. 3,80 m (alle übrigen Gebäude)

Untergeordneten Nebenanlagen

Z = I max. 2,00 m über dem im Mittel festgelegten Gelände

Anmerkung:
Die max. Traufhöhe muss auf mind. 2/3 der jeweiligen Gebäudelänge eingehalten werden.

b) Firsthöhen (FH)

Gemessen von der festgesetzten maximalen Erdgeschoßfußbodenhöhe (EFH) bis OK First bei Wohngebäuden
- nach Eintrag im Lageplan -

Z = I max. 8,50 m (Südl.Bereich des Plangebietes)
Z = I max. 9.00 m (alle übrigen Gebäude)

2.2 ANFORDERUNGEN AN DIE GESTALTUNG UND NUTZUNG DER UNBEBAUTEN FLÄCHEN DER BEBAUTEN GRUNDSTÜCKE SOWIE ÜBER ART, GESTALTUNG UND HÖHE VON EINFRIEDIGUNGEN

§ 74 (1) Nr. 3 LBO

2.2.1 Einfriedigungen gegen die öffentlichen Verkehrsflächen

2.2.11 Lebende Einfriedigungen (Sträucher/Hecken)

Sträucher und Hecken sind bis max. 1,00 m Höhe zulässig. Sie sind auch mit innenliegenden Spanndrähten und Knüpfdraht zulässig. Die Pflanzen sind so zu placieren, daß sie in ausgewachsenem Zustand das Lichtraumprofil der öffentlichen Verkehrsfläche nicht beeinträchtigen.
Es sind nur heimische, landschaftsgerechte Gehölze zulässig.

2.2.12 Tote Einfriedigungen

sind bis max. 0,30 m Höhe bezogen auf die Oberkante der angrenzenden Verkehrsfläche (Straßen- bzw. Gehwegoberkante) auf der Grenze zulässig. Höhere Einfriedigungen sind nur zulässig, wenn die der öffentlichen Fläche zugewandte Seite der toten Einfriedigungen einen Abstand von 1,00 m hat und durch Bepflanzung verdeckt wird.

2.2.2 Stützmauern

Ergeben sich durch den Ausbau der Verkehrsanlagen Höhenunterschiede zwischen dem natürlichen Gelände und der Verkehrsanlage größer als 2,00 m, so sind Abstützungen max. 1,50 m über Verkehrsflächenoberkante in Naturstein, als Holzpalisaden sowie in verputztem oder mit Naturstein verkleidetem Betonmauerwerk zulässig.
Der restliche Höhenunterschied ist abzuböschen.

2.2.3 Sichtschutzeinrichtungen

2.2.31 Sichtschutz als Einfriedigung gegen die öffentlichen Flächen max. Höhe 1,80 m üb.Oberkante angrenzende Verk.Fläche

Ausnahmsweise sind Sichtschutzwände in Holz zur Abschirmung der Wohngartenflächen zulässig.
Abstand zur öffentlichen Fläche mind. 0,50 m.

2.2.32 Sichtschutzeinrichtungen

sind bei Doppelhäusern auf der gemeinsamen Grundstücksgrenze bis max. 3,00 m über die Gebäudefront hinaus bis zu einer Höhe von 2,00 m ab Oberkante genehmigter Erdgeschoßfußbodenhöhe des betreffenden Gebäudes zulässig. Sie sind in Holz, verputztem Mauerwerk oder als Laubhecke auszuführen.

2.2.4 Müllbehälterstandplätze

Die Müllbehälterstandplätze sind durch Einfassung, Sichtblenden oder Bepflanzungen allseitig abzuschirmen; diese Abschirmung muß auch geeignet sein, die Müllbehälter gegen direkte Sonneneinstrahlung zu schützen. Die Einfassungen sind aus Holz oder verputztem Mauerwerk auszuführen.

2.2.5 Flächen für Stellplätze, Hofflächen, Zufahrten, Fußwege und Parkplätze

Ortbeton und Asphalt sind als Oberflächenabschluß nicht zulässig. Die Befestigung muß wasserdurchlässig sein (z.B. Rasengitter, Schotterrasen, Pflaster in Splitt, Sand verlegt).

2.3 AUSSENANTENNEN

§ 74 (1) Nr. 4 LBO

Außenantennen sind unzulässig, sofern der Anschluß an eine Gemeinschaftsantennenanlage möglich ist. Ist dies nicht der Fall, ist je Gebäude maximal eine Antenne zulässig.

2.4 VERSORGUNGSLEITUNGEN

§ 74 (1) Nr. 5 LBO

Sämtliche der Versorgung dienenden Niederspannungsleitungen sind unterirdisch zu verlegen.

2.5 STELLPLATZVERPFLICHTUNG FÜR WOHNUNGEN

§ 74 (2) Nr. 2 LBO

Die notwendige Anzahl der Stellplätze pro Wohnung wird mit 1,5 festgelegt. Die Nachkommastellen sind auf die nächste ganze Zahl aufzurunden.
Bei Einfamilienhäusern und Doppelhaushälften sind mind. 2 Stellplätze zu erstellen.

2.6 GARAGEN OHNE AUSREICHENDEN STAURAUM

§ 74 (2) Nr. 5 LBO

sind mit funkgesteuerten Öffnungsanlagen auszustatten.

3. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN ZUR GRÜNORDNUNG

3.1 PFLANZGEBOTE

§§ 1 (5) u. 9 (1) Nr. 25 a BauGB

3.1.1 - Pfg 1 - PFLANZGEBOT - Gemischte Baum- Strauchpflanzung - (auf priv. und öffentl. Fläche)

Die im Lageplan eingetragenen Pflanzgebotsflächen "Pfg 1" sind mit heimischen, standortgerechten, hochstämmigen Laubbäumen sowie mit einheimischen standortgerechten Sträuchern in unregelmäßiger Anordnung zu bepflanzen und zu unterhalten.

Die Artenzusammenstellung ist an die potentielle, natürliche Vegetation gebunden. Die nachfolgend aufgeführten Arten werden dieser Forderung gerecht:

a) Laubbäume:

Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Spitzahorn	Acer platanoides
Winterlinde	Tilia cordata

b) Obstbäume

Mostäpfel	Tafeläpfel
Bittenfelder	Boskop
Bohnapfel	Brettacher
Engelsberger	Gewürzluiken
Gehrers Rampur	Glockenapfel
Hauxapfel	Jacob Fischer
Kardinal Bea	Zabergäurenette

Wildapfel Malus sylvestris

Mostbirnen	Tafelbirnen
Gelbmöstler	Alexander Lucas
Oberöstereichische Weinbirne	Gellerts Butterbirne
Schweizer Wasserbirne	Köstliche aus Charneux

Wildbirne Pyrus communis

Steinobstbäume

Zwetschgen, Pfirsich, Kirsche

c) Sträucher und Heister (Pflanzverband 1,25 x 1,25 m)

Feldahorn	Acer campestre
Hainbuche	Carpinus betulus
Hartriegel	Cornus sanguinea
Haselnuss	Corylus avellana
Schlehe	Prunus spinosa
Alpenjohannisbeere	Ribes alpinum
Hundsrose	Rosa canina
Schwarzer Holunder	Sambucus nigra
Vogelbeere	Sorbus aucuparia
Schneeball	Viburnum lantana

3.1.2 - Pfg 2 - Pflanzgebot - Einzelbäume

An den im Plan durch Planzeichen festgesetzten Standorten sind großkronige, hochstämmige Laubbäume zu pflanzen und dauernd zu unterhalten. Die eingetragenen Standorte im Lageplan sind im Umkreis von 3,0 m veränderbar. Die Anzahl der Bäume ist verbindlich.
Die Bäume müssen landschaftsgerecht und heimisch sein. Die nachfolgend aufgeführten Bäume werden dieser Forderung gerecht:

Bergahorn	Acer pseudoplatanus
Spitzahorn	Acer platanoides
Roßkastanie	Aesculus hypocastanum
Hainbuche	Carpinus betulus
Traubeneiche	Quercus petraea
Stieleiche	Quercus robur
Winterlinde	Tilia cordata

Hochstämmige und großkronige Obstbäume wie Kirsch-, Apfel- und Birnbaum können ebenfalls gepflanzt werden.

3.1.3 - Pfg 3 - Außenwandbegrünung durch Rankgewächse

bei Garagen/Nebenanlagen

Freistehende Garagen und Nebenanlagen sind mit Rankpflanzen zu begrünen.

Mögliche Rankgewächse:

Efeu	Hedera helix
Knöterich	Polygonum aubertii
Wilder Wein	Parthenocissus quinquefolia
Mauerwein	Tricus spidata "Veitchii"
Waldrebe	Clematis

Kletterrosen oder Spalierobst

3.1.4 - Pfg 4 - Pflanzgebot je Baugrundstück

Auf jedem Baugrundstück ist mindestens ein Baum der Art Ziff. 3.1.1 (Pfg 1) zu pflanzen und zu unterhalten. Ist auf dem Grundstück ein Baum durch eine Pflanzbindung gesichert, so tritt er an die Stelle des Pflanzgebotes.

3.1.5 - Pfg 5 - Verkehrsgrünflächen

Verkehrsgrünflächen sind als artenreiche, mit Gräsern und Kräutern bewachsene Pflanzendecken im Sinne extensiver Naturwiesen auszubilden. Der Vegetationstyp ist standortabhängig.

3.1.6 Nicht überbaute Grundstücksflächen der bebauten Grundstücke

Diese Flächen sind mit Ausnahme der Stellplatzflächen entsprechend den Forderungen nach § 10 der LBO gärtnerisch anzulegen und dauernd zu unterhalten.

3.2 PFLANZBINDUNG

§ 9 (1) Nr. 25 b BauGB

3.2.1 Flächenhafte Pflanzbindung (Pfb 1) (Obstbäume und Sträucher)

Der Bestand der im Lageplan eingetragenen Pflanzflächen ist zu erhalten.

3.2.2 Flächenhafte Pflanzbindung (Pfb 2) (Obstbäume)

Der Bestand der im Lageplan eingetragenen Pflanzflächen ist zu erhalten.

Landkreis Karlsruhe
Gemeinde Oberderdingen
Ortsteil Oberderdingen

Anl. 1

BEBAUUNGSPLAN

" GROSSER GÄNSBERG II "

Die Übereinstimmung des Lageplans mit dem Liegenschaftskataster bescheinigt: Bietigheim-Biss., den 18.06.1993/26.03.1997	INGENIEURBÜRO RAUSCHMAIER
Städtebaulicher Entwurf:	INGENIEURBÜRO RAUSCHMAIER BERATENDE INGENIEURE 74321 BIETIGHEIM-BISSINGEN
Bebauungsplanentwurf ausgearbeitet: Bietigheim-Biss., den 18.06.93/26.03.97/06.05.97	INGENIEURBÜRO RAUSCHMAIER BERATENDE INGENIEURE 74321 BIETIGHEIM-BISSINGEN
Ergänzt aufgrund Anregungen und Bedenken und Gemeinderatsbeschluß vom 11.03.1997 Bietigheim-Biss., 11.03.1997	ING.-BÜRO RAUSCHMAIER
Ergänzt aufgrund Anregungen und Bedenken und Gemeinderatsbeschluß vom 06.05.1997 u.01.07.97 Bietigheim-Biss., 06.05.97/01.07.97	ING.-BÜRO RAUSCHMAIER

Anlagen

Anlage 1 Lageplan mit Textteil und Legende
Anlage 2 Begründung zum Bebauungsplan